

Gemeinsame und geteilte deutsche Geschichte 1945–1990

Begleitheft zur Dauerausstellung
Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen
(Bd. 7)

Zusatzinformationen zum
Material für den Unterricht

Herausgeber: Stiftung Deutsches Historisches Museum
Projektleitung: Stefan Bresky und Brigitte Vogel
Zusammengestellt von: Tom Reichard

© Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin 2015

Inhalt

I. Unterrichtsentwürfe (S. 48–49)	3
1. Politische Systeme: Materialien für die Zusatzaufgabe	3
2. Grenzen: Foto für den Unterrichtseinstieg	5
3. Umgang mit der NS-Vergangenheit: Text zur Entnazifizierung	6
II. Historischer Stadtrundgang (S. 56–57)	7
1. Ehemaliges Staatsratsgebäude: Präsident, Staatsrat und Ministerrat der DDR	7
2. Neue Wache: Antifaschismus in der DDR	9
3. Humboldt-Universität zu Berlin: Karl-Marx-Zitat	11
4. Friedrich der Große: Preußenrezeption in der DDR	12
5. Grenzübergangsstelle Friedrichstraße: „Tränenpalast“	13
III. Folie für den Tageslichtprojektor	15

I. Unterrichtsentwürfe (S. 48–49)

1. Politische Systeme: Materialien für die Zusatzaufgabe



Urkunde für die Teilnahme an der Jugendweihe

Urkunde (blanko, geöffnet), Deutsche Demokratische Republik, 1955, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr. E96/678

I. Unterrichtsentwürfe

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Artikel 3 [Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichberechtigung von Männern und Frauen; Diskriminierungsverbot]

- (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4 [Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit]

- (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
- (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
- (3) [...]

Artikel 5 [Meinungs-, Informations-, Pressefreiheit; Kunst und Wissenschaft]

- (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
- (2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
- (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin: BPB, 2006.

I. Unterrichtsentwürfe

2. Grenzen: Foto für den Unterrichtseinstieg



Die Zonengrenze in Berlin-Düppel (Zehlendorf)

Fotografie (Fotoarchiv Heinz Röhnert), Bundesrepublik Deutschland, ab 1952, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr. BA 97/1018

3. Umgang mit der NS-Vergangenheit: Text zur Entnazifizierung

Die Alliierten setzen die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Entnazifizierung Deutschlands um: Sie verbieten die NSDAP und ihre Unterorganisationen, heben alle NS-Gesetze auf und verbannen Alltagsspuren des „Dritten Reichs“, beispielsweise Straßenschilder, Bücher, Uniformen und Orden. Der Internationale Militärgerichtshof ermittelt in Nürnberg die Schuld von Hauptkriegsverbrechern und nationalsozialistischen Organisationen. Die Mehrzahl der Deutschen muss sich Entnazifizierungsverfahren stellen, die zunächst die Alliierten, später deutsche Spruchkammern durchführen.

Sowjetische Besatzungszone

Die vier Besatzungsmächte setzen die Verfahren zur Entnazifizierung sehr unterschiedlich um. In der Sowjetischen Besatzungszone sind sie mit dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau im sozialistischen Sinne verbunden. Bis 1949 entfernen die Sowjets rund 520 000 Personen aus ihren Stellungen und ersetzen sie durch Kommunisten. In Speziallagern inhaftiert die sowjetische Geheimpolizei in großer Zahl außer NS-Verbrechern auch Denunzierte und politische Gegner.

Westliche Besatzungszonen

Die Amerikaner entnazifizieren in ihrer Zone sehr streng: Die Betroffenen werden in fünf Kategorien eingestuft und verurteilt – Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer, Entlastete. Als die USA die Entnazifizierung zum 31. März 1948 einstellen, sind häufig Verfahren gegen schwerer Belastete noch nicht abgeschlossen. Viele Schuldige entgehen so einer Bestrafung. Engländer und Franzosen nehmen die Entnazifizierung vor allem nach pragmatischen Gesichtspunkten vor: Der Wiederaufbau von Verwaltung und Wirtschaft hat Vorrang vor der politischen Überprüfung.

(ag, reh, mw) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stand: 10. Dezember 2014, Text: CC BY NC SA 4.0

Empfohlene Zitierweise: Andreas Grau, Regina Haunhorst und Markus Würz: Entnazifizierung, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL:

► <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/nachkriegsjahre/entnazifizierung-und-antifaschismus/entnazifizierung.html>

II. Historischer Stadtrundgang (S. 56–57)

1. Ehemaliges Staatsratsgebäude: Präsident, Staatsrat und Ministerrat der DDR

Neben der Volkskammer sind der Präsident bzw. der Staatsrat und der Ministerrat die weiteren zentralen Verfassungsorgane der DDR. Wilhelm Pieck ist der erste und einzige Präsident. Nach seinem Tod wird das Amt abgeschafft und durch den Staatsrat als kollektives Staatsoberhaupt ersetzt. Der Ministerrat ist formal die Regierung der DDR. Ihm gehören der Ministerpräsident (ab 1958 als Vorsitzender des Ministerrats bezeichnet), seine Stellvertreter und die Fachminister an. Alle wichtigen Entscheidungen werden allerdings in der SED-Parteiführung getroffen.

Staatsrat

Der Staatsrat setzt sich aus einem Vorsitzenden, Stellvertretern und weiteren Mitgliedern zusammen, die von der Volkskammer gewählt werden. Der Vorsitzende vertritt die DDR völkerrechtlich nach außen, die anderen Mitglieder hingegen haben praktisch keinen Einfluss. Erster Staatsratsvorsitzender ist bis 1973 Walter Ulbricht, der zugleich als Erster Sekretär des Zentralkomitees (ZK) das oberste Parteiamt der SED innehat. Unter ihm ist der Staatsrat das einflussreichste staatliche Gremium. Nach Ulbrichts Entmachtung als Sekretär des ZK 1971 verliert der Staatsrat Kompetenzen an den Ministerrat.

Ministerrat

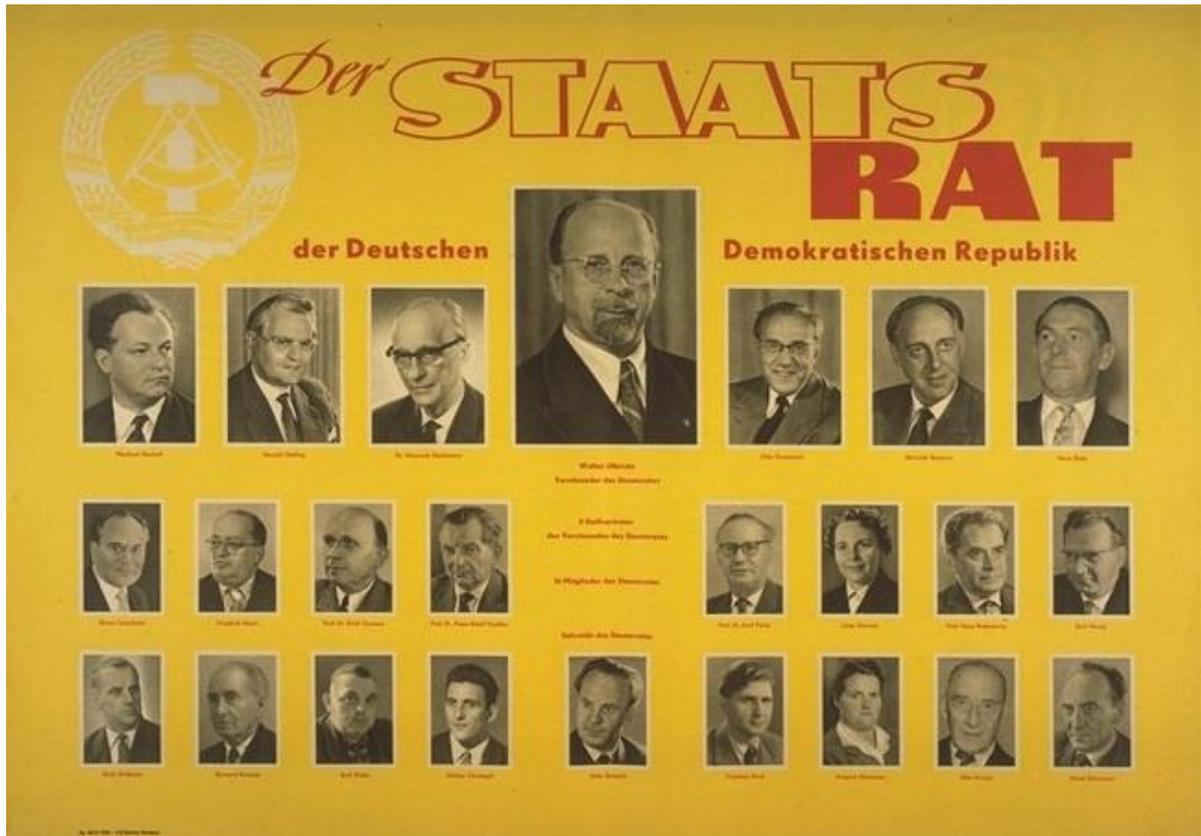
Die 1949 gebildete Regierung der DDR wird ein Jahr später (offiziell 1954) in Ministerrat umbenannt. Ministerpräsident bzw. Ministerratsvorsitzender bleibt bis 1964 Otto Grotewohl. Aufgabe des Ministerrates ist unter anderem, die Grundsätze der Innen- und Außenpolitik auszuarbeiten sowie die Durchführung der Staatspolitik zu leiten. Ab 1952 koordiniert ein von der SED geführtes Präsidium des Ministerrats dessen Arbeit.

(mw) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stand: 24. Oktober 2014, Text: CC BY NC SA 4.0

Empfohlene Zitierweise: Markus Würz: Präsident, Staatsrat, Ministerrat, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL:

► <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/praesident-staatsrat-ministerrat.html>

II. Historischer Stadtrundgang



Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik

Plakat, Deutsche Demokratische Republik, 1961, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr.: 1995/12/0548

2. Neue Wache: Antifaschismus in der DDR

Der Herrschaftsanspruch der SED ist nicht durch eine demokratische Mehrheit der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) legitimiert. Um ihre führende Stellung zu rechtfertigen, bedient sich die SED Vorstellungen aus ihrem sozialistischen Weltbild: Demzufolge ist der Faschismus die extremste Form des Kapitalismus und die Bundesrepublik Deutschland ist in Kontinuität des Nationalsozialismus eine „monopolkapitalistische“ Gesellschaftsordnung. Die DDR unter der Führung der SED hingegen habe aus der Vergangenheit gelernt und sich in die Tradition des „Antifaschismus“, d.h. der Abkehr vom Faschismus, gestellt.

Gründungsmythos

Der antifaschistische Anspruch befreit die Menschen in der DDR zugleich von der moralischen Mitverantwortung für Krieg und Völkermord des „Dritten Reichs“. Die Ostdeutschen, so die SED, seien selbst Opfer des Faschismus gewesen. Durch die Entnazifizierung und die frühen Enteignungen, die die Sowjetische Militäradministration umgesetzt hat, sei die DDR frei von kapitalistischen Nationalsozialisten. Zur symbolischen Ikone des „Antifaschismus“ macht die SED den Kommunisten Ernst Thälmann, der von den Nationalsozialisten ermordet wurde.

Motivation

Der von der SED behauptete Antifaschismus ist für viele ein Motiv, sich für den Aufbau des neuen sozialistischen Staates einzusetzen. Kulturschaffende, wie Anna Seghers, Berthold Brecht, Stefan Heym oder Arnold Zweig, verlassen ihr Exil im Ausland und wählen die DDR als neue Heimat statt der Bundesrepublik.

Propaganda

Die SED-Propaganda stellt die Bundesrepublik dar, als wirke in ihr der Nationalsozialismus weiter. Sie greift hohe Beamte, Politiker und Militärs wegen ihrer Tätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus an, darunter den Staatssekretär im Kanzleramt Hans Globke oder Vertriebenenminister Theodor Oberländer. Im Fall von Bundespräsident Heinrich Lübke greift die SED auf Fälschungen zurück. Dass auch in der DDR frühere NSDAP-Mitglieder wichtige Ämter einnehmen und zu hohem Ansehen gelangen, verschweigt sie. Eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit findet aufgrund des antifaschistischen Gründungsmythos in der DDR nicht statt.

(mw) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stand: 10. Dezember 2014, Text: CC BY NC SA 4.0

Empfohlene Zitierweise: Markus Würz: „Antifaschismus“ als Legitimation, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL:

► <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-gruenderjahre/weg-nach-osten/antifaschismus-als-legitimation.html>

II. Historischer Stadtrundgang



Wachablösung an der Neuen Wache in Berlin

Fotografie (Fotoarchiv Jürgen Nagel), Deutsche Demokratische Republik, 1990, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr.: 1991/80.88

II. Historischer Stadtrundgang

3. Humboldt-Universität zu Berlin: Karl-Marx-Zitat

Interview mit dem Historiker Reimer Hansen für die Website der Humboldt-Universität:

► https://www.hu-berlin.de/de/pr/medien/publikationen/presse/blz/2009/interview_hansen



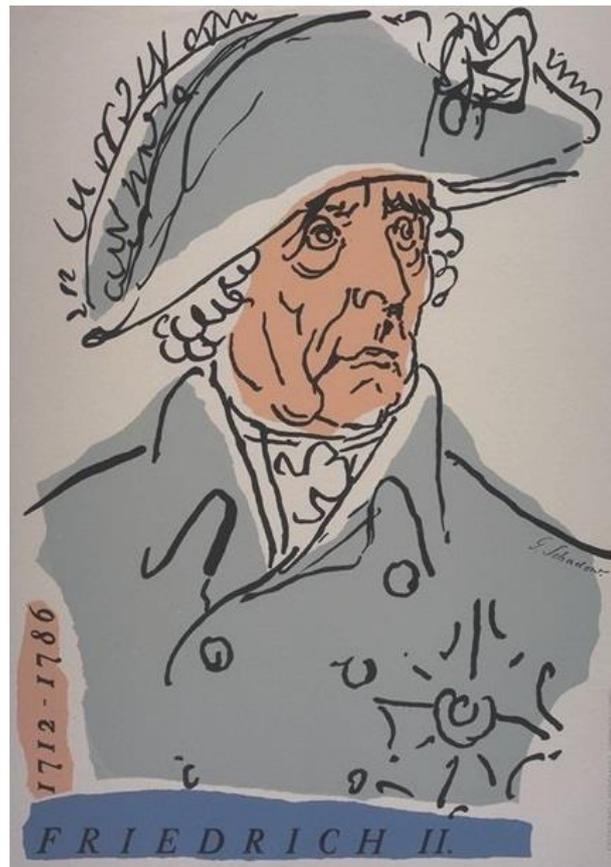
Banknote, 5 MDN

Banknote (Vorder- und Rückseite), Deutsche Demokratische Republik, 1965, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr.: N 2009/30

4. Friedrich der Große: Preußenrezeption in der DDR

Karlheinz Lau, „Friedrich II. – Friedrich der Große: Die DDR und der Preußenkönig“ vom 26. Oktober 2012 auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung:

► <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/144983/friedrich-ii-friedrich-der-grosse?p=all>



1712–1786 / Friedrich II.

Zur Aneignung des historischen Erbes Anfang der 1980er Jahre in der DDR fand im Rückgriff auf herausragende historische Persönlichkeiten auch eine Neubewertung von Friedrich II. statt. Lars Wendlandt war als junger Mann zum Bewunderer des Gesamtkunstwerkes Potsdam und seines Urhebers Friedrich II. geworden. Das Gedenkjahr 1986 zum 200. Todestag Friedrichs II. wurde in einer „in der DDR typischen kulturpolitischen Manier begangen“, die aus seiner Sicht die große Persönlichkeit Friedrichs nicht hinreichend würdigte. Deshalb produzierte Wendlandt im Eigenauftrag ein Poster zu Friedrich, mit dem er seine Vorstellung von der Persönlichkeit des Monarchen publizieren konnte. Als Vorlage verwendete er eine Zeichnung von Johann Gottfried Schadow, „die den Preußen-König in seinen besten Jahren abbildete und Klugheit, Würde, Unbestechlichkeit und die Fähigkeit zur Weitsicht ausstrahlte“. Um die Einmaligkeit des von Friedrich in Potsdam Geschaffenen und dessen Gültigkeit für die Gegenwart bewusst zu machen, aktualisierte Wendlandt mittels farbiger Höhung im Stil der Popart das im 19. Jahrhundert populäre Motiv. Das Poster wurde in einer Auflage von ca. 60 Exemplaren gedruckt, aber nicht von offiziellen Stellen vertrieben; seine Nutzung lag ausschließlich bei dem Entwerfer.

Plakat (Künstler: Lars Wendlandt), Deutsche Demokratische Republik, 1986, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr.: P 90/1582

5. Grenzübergangsstelle Friedrichstraße: „Tränenpalast“

Traurige Abschiede geben dem Ort im Volksmund seinen Namen: Nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 errichtet das SED-Regime am Bahnhof Friedrichstraße in Ost-Berlin ein Grenzabfertigungsgebäude. Es dient seit seiner Eröffnung im Sommer 1962 als Ausreisehalle von der DDR nach West-Berlin. Hier müssen sich Ostdeutsche in der Regel von ihren Angehörigen und Freunden aus dem Westen verabschieden. Erst mit dem Fall der Mauer verliert der „Tränenpalast“ seine Funktion.

Funktion

Der Bahnhof Friedrichstraße ist in den Jahrzehnten der deutschen Teilung die bedeutendste Grenzübergangsstelle in Berlin. Im „Tränenpalast“ müssen Besucher aus der Bundesrepublik und West-Berlin, ostdeutsche Rentner, ausländische Touristen, Zwangsausgebürgerte oder dauerhaft Ausreisende Pass- und Grenzkontrolle passieren, um zu den Bahnsteigen Richtung Westen zu gelangen. Kontrolle, Schikane und Willkür prägen den Alltag der Ausreise. Oft kommt das Gefühl hinzu, dem DDR-Grenzregime ohnmächtig ausgeliefert zu sein - den Mitarbeitern der Passkontrollen, der Zollverwaltung, den Einsatzkräften der Grenztruppen und der Transportpolizei.

Grenzregime

Die Zollverwaltung, die eng mit den Sicherheitsorganen zusammenarbeitet, kontrolliert die Einhaltung strenger Ausfuhrverbote etwa für Ost-Mark sowie eine Reihe technischer Geräte, Haushaltswaren, Kunstgegenstände und bestimmte Lebensmittel. In unangenehm schmalen Passkontrollkabinen überprüfen verdeckt operierende Mitarbeiter des Ministeriums für Staatsicherheit Ausweispapiere und Identität der Reisenden, bevor sie das Ausreisevisum stempeln. Das Vorgehen soll jeden Fluchtversuch verhindern. Zugleich verstärkt die ständige Überwachung Anspannung und psychischen Druck der Reisenden.

(kr) © Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stand: 20. November 2014, Text: CC BY NC SA 4.0

Empfohlene Zitierweise: Kraus, Dorothea: „Tränenpalast“, in: Lebendiges Museum Online, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, URL:

► <http://www.hdg.de/lemo/kapitel/geteiltes-deutschland-modernisierung/reformversuche-im-osten/traenenpalast.html>

II. Historischer Stadtrundgang



S-Bahnhof Friedrichstraße während des Passierscheinabkommens

Mit dem Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 gelang es in Berlin erstmals, die Mauer durchlässiger zu machen. 28 Monate nach dem Mauerbau konnten West-Berliner über Weihnachten 1963 wieder ihre Verwandten im Ostteil der Stadt besuchen. Vom 19. Dezember bis zum 5. Januar kamen etwa 1,2 Millionen Besuche von insgesamt über 700 000 West-Berlinern zustande. In den nächsten Jahren sollten drei weitere Passierscheinabkommen folgen.

Fotografie, Deutsche Demokratische Republik, Ost-Berlin, 26. Dezember 1964, Stiftung Deutsches Historisches Museum, Inventar-Nr.: F 65/385

III. Folie für den Tageslichtprojektor



Schild des Kuratoriums Unteilbares Deutschland Bundesrepublik Deutschland, nach 1957



Postkarte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) Deutsche Demokratische Republik 1950



Plakat der Figurengruppe „Revolte der Gefangenen“ Deutsche Demokratische Republik 1960



Plakat der Freien Demokratischen Partei (FDP) Bundesrepublik Deutschland 1949/1950